

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Ausreißer und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Jahrespreis: Anschlag Nr. 53.

Angewandte die Anzeigenpreise... Postfach-Nr. 199.

Telegramme: Cogeblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 199.

Nr. 216

Dienstag, den 16. September 1924

19. Jahrgang

Stresemann gegen Marx?

Intrigenspiel Stresemanns gegen den Reichskanzler und den Reichspräsidenten. — Die Gefahr einer Regierungskrise. — Ein Widerruf Stresemanns.

Die Aufstellung der Frage ob die Erklärung des Reichskanzlers Marx zur Kriegsschuldfrage notifiziert werden soll oder nicht, und ob es für Deutschland ratsam ist, sich gerade jetzt zum Eintritt in den Völkerbund zu melden, zieht immer weitere Kreise und läßt die Möglichkeit einer innerpolitischen Krise mehr und mehr in den Vordergrund treten.

Die Mitteilungen, die der Außenminister Dr. Stresemann nach der Rückkehr des Reichskanzlers von seiner Urlaubsreise und vor dem Zusammentritt des Reichskabinetts, über die Kriegsschuldfrage und die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund Vertretern der deutschen Presse gemacht hat, haben ein starkes Echo in der Öffentlichkeit gefunden. Die Reichspresse, voran die alldeutsche „Deutsche Zeitung“, applaudiert ihm auf das lebhafteste: „Zum ersten Male seit vielen Jahren hört man aus der Gegend der Wilhelmstraße Töne, die sich angenehmer als die bisher erklangenen anhöre.“ Die „Kreuzzeitung“ stimmt ihm ohne weiteres zu, daß von einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund jetzt nicht die Rede sein könne und fordert die umgehende Notifizierung der Kriegsschuldfrage. Auch die „Deutsche Tageszeitung“ freut sich, diesmal eine weitgehende Übereinstimmung der von Dr. Stresemann zum Ausdruck gebrachten politischen Einschätzungen mit dem eigenen Urteil feststellen zu können. Mit der Notifizierung dürfe man jetzt auch nicht eine Stunde mehr warten. Kurz, der Außenminister, der vor der entscheidenden Abstimmung der Dawesgesetze im Reichstage die Verhandlungen mit den Deutschnationalen unter anderem über ihren Eintritt ins Kabinett geführt hat, erhält jetzt von ihnen, nach langer Zeit des Groblos, eine freundliche Genur, und zwischen den Reihen der Reichspresse kann man bereits lesen, daß nunmehr der Weg zum Bürgerblock, nach der Begünstigung der außenpolitischen Differenzen, gegeben sei.

Andererseits „Germania“, das führende Zentrumsorgan. Sie läßt, wenn auch vorläufig noch vorsichtig diese Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kanzler und dem Außenminister durchblicken. Sie verspricht sich von der Notifizierung keinen Erfolg und keinen Nutzen für Deutschland und betont ausdrücklich, daß diese Meinung in weiten Kreisen des Zentrums geteilt werde, vor allem auch im Rheinland. Auch die „Deutsche Zeitung“ ist fort daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht möglich sei, ehe die Kriegsschuldfrage nicht erledigt sei dürfte kaum die Zustimmung jener finden, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund für eine Notwendigkeit halten. Die ungelöste Kriegsschuldfrage sollte für uns kein Hemmnis, sondern ein Ansporn sein, möglichst bald in den Völkerbund einzutreten. Denn da hätten wir vielleicht die Plattform, von der aus wir eines Tages die große Unwahrheit von Versailles so deutlich und nachdrücklich zur Sprache bringen könnten daß die Welt sie hören müsse. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ steht in der Rede des Außenministers bereits die Erklärung der Regierungskrise nachdem die Deutsche Volkspartei sich vor der Verabschiedung der Dawesgesetze der Reichspresse gegenüber verpflichtet habe, mit allen Mitteln auf einer ihrer Bedeutung entsprechenden Beteiligung der Deutschnationalen an der Reichsregierung zu bestehen. Der „Vorwärts“ wirt Dr. Stresemann vor, durch seine gestrigen Äußerungen dem Reichskanzler ein Bein gestellt zu haben, um ihm im Interesse der Deutschnationalen zu stützen und betont im Anschluß daran, daß nicht nur aus außenpolitischen sondern auch aus innenpolitischen Gründen für die Sozialdemokratie der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung die Kriegserklärung bedeute. Auf dem Wege dieser Krise, die jetzt entstanden sei, liege die Reichstagauflösung. Sie müsse dringender denn je gefordert werden, weil sie das Mittel sei, die Krise auf verfassungsmäßigem Wege zu beenden. Der Bürgerblock würde in diesem Reichstage sowieso keine sichere Mehrheit haben, so möge er versuchen, ob er sie im nächsten bekomme.

Unnötig zu sagen, daß auch die demokratische Presse den Äußerungen Dr. Stresemanns gegenüber eine völlig ablehrende Haltung einnimmt. Die „Vossische Zeitung“ spricht davon, daß es Deutschland in eine neue Isolierung hineindrängen wolle, in eine Isolierung, die doch lediglich den Deutschnationalen nützen würde. Die „Berliner Volkszeitung“ hofft daß die Auffassungen Dr. Stresemanns sein Privatbesitztum bleiben werden und daß der Reichskanzler sowohl in der Völkerbundfrage als auch in der Kriegsschuldfrage eine andere Meinung

einnehmen werde. Der „Berliner Volkskurier“ endlich äußert sich in einem Artikel, der die Ueberschrift „Keine Zweideutigkeit“ trägt, in demselben Sinne.

Stresemann vom Reichskabinett desavouiert.

Berlin 14. Sept. Ein Berliner demokratisches Montagsblatt veröffentlicht eine Zuschrift aus Zentrumskreisen in der es heißt daß die persönliche Rückzugspolitik, die der Reichsaußenminister Stresemann seit seiner Rückkehr aus London betreibt, nicht nur bei den Demokraten und Sozialdemokraten, sondern bis tief hinein in die Reihen des Zentrums heftige Opposition erwecke. Es werde in Zentrumskreisen darauf hingewiesen, daß Stresemann gerade die Tage der Abwesenheit des Reichskanzlers benütze, um die Politik des Kabinetts im Sinne seiner Vereinbarung mit den Führern der Deutschnationalen zu gestalten. Insbesondere werde es in Zentrumskreisen dem Außenminister sehr verübelt, daß er seine überraschenden Mitteilungen an die Pressevertreter vorgenommen habe, ohne vorher sich mit dem Reichskanzler auch nur über die Grundzüge dieser Kundgebung in Verbindung zu setzen.

In Zentrumskreisen sehe man diesem Intrigenspiel mit großer Gelassenheit zu und es könne schon jetzt gesagt werden, daß das Kabinett die Notifizierung der Kriegsschuldfrage nicht beschließen werde. Ob Stresemann aus dieser Desavouierung seine Konsequenzen ziehen werde, stehe noch nicht fest. Wie die Stimmung augenblicklich im Zentrum, bei den Demokraten und den Sozialdemokraten sei, wäre eine Demission Stresemanns als die einfachste Lösung anzusehen.

Ein Widerruf Stresemanns.

Berlin, 14. Sept. Gegenüber anderslautenden im Auslande verbreiteten Nachrichten, nach denen der Reichsaußenminister Dr. Stresemann erklärt haben soll daß Deutschland dem Völkerbunde nicht beitreten könne bevor die Kriegsschuldfrage gelöst sei, muß mit aller Bestimmtheit festgestellt werden, daß der deutsche Reichsaußenminister eine derartige Erklärung weder dem Sinn nach geschweige denn im Wortlaut abgegeben hat. Dr. Stresemann hat in informellen Mitteilungen an Vertreter der deutschen Presse nur den gleichen Standpunkt vertreten den sämtliche deutsche Regierungen seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages von jeher in der Frage der Kriegsschuld eingenommen haben. Dieser Standpunkt ist dahin zu präzisieren, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht von der Anerkennung der angeblichen deutschen Kriegsschuld abhängig gemacht werden dürfe. Nur in diesem Sinne ist von einer Klärung der Kriegsschuldfrage gesprochen worden.

Die Berliner Presse über die Abschwächung der Erklärungen Dr. Stresemanns.

Nur die „Kreuzzeitung“, die „Vossische Zeitung“ und der „Vorwärts“ haben sich bis jetzt mit der gemilderten Abschwächung der Erklärungen Stresemanns durch die „D. Z.“ befaßt.

Die „Kreuzzeitung“ erklärt die Abschwächungen für bedenklich und fügt hinzu: „An Dr. Stresemann und der Deutschen Volkspartei wird es nun liegen, eine klare Stellung einzunehmen, ob sie gewillt sind, eine starke nationale Politik zu treiben. Erst dann kann die Frage einer Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung praktisch werden.“

Die „Vossische Zeitung“ bemerkt nur ganz kurz: „Mit diesen Erklärungen nähert sich Dr. Stresemann den Ansichten, die in der Presse der Mittelpartei zum Ausdruck kommen.“

Die Entscheidung auf den 22. September verlegt.

Die innerpolitische Lage, in der augenblicklich so etwas wie eine vorübergehende Stagnation eingetreten ist, da der Reichskanzler erst Anfang nächster Woche nach Berlin zurückkehrt, dürfte ein neues Gesicht am 22. d. M. erhalten, wo, wie man uns von besonderer Stelle mitteilt, die entscheidende Kabinetsbesprechung anberaumt ist, in der über die Notifizierung der Kriegsschuldfrage entschieden werden soll.

Die Preissenkungsaktion der Reichsregierung.

Der Reichsfinanzminister über den Preisabbau.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther gesteuert einen Vertreter des VVD, eine Unterredung über die Preisabbau-Aktion, in welcher der Minister u. a. ausführte: Im ganzen öffentlichen Leben muß der Grundtatbestand Sparfaktoren gelten. Wir müssen den Zahlenschaum der Inflation nun endgültig hinter uns lassen. Es muß in der ganzen Wirtschaft wieder heißen: Großer Ansatz kleiner Nutzen.

Sollten etwa auch jetzt noch Zwischenlieder des Wirtschaftsliebenden die Preise festhalten, hat die Vorliebe der Preislenkung dem Verbraucher zuzuführen, so würde das sehr bedenkliche Folgen zeitigen. Auch die Reichsregierung selbst wird, sobald nur irgend möglich, alle sonst noch erforderlichen Schritte tun.

Besonders im Steuerwesen wird der Reichsfinanzminister dem Reichstag Gesetze vorlegen, die eine neue Zurechnung des Steuerwesens in Reich, Ländern und Gemeinden bezwecken und versuchen, die schwere Steuerbelastung die unser Volk trotz seiner Armut tragen muß so gerecht und so wenig wirtschaftshemmend wie möglich zu verteilen und dadurch so leicht wie möglich zu machen.

165 Millionen Erntekredite.

Berlin, 13. Sept. Wie wir erfahren, sind in den letzten Tagen weitere 20 Millionen Mark Kredite zur Einbringung der Ernte bei den Staats- und Landeskassen angewiesen worden. Der gesamte Erntekredit ist damit auf rund 165 Millionen Mark angewachsen.

Die Blutrache der Matteotti-Leute.

Rom, 14. Sept. Rom steht unter dem niederdrückenden Eindruck einer neuen volkstümlichen Mordtat. Als am Freitag morgen sich der faschistische Abgeordnete Casafini mit seiner Tochter von seinem Haus am Montemario in die Stadt begeben wollte, um Einkäufe zu machen, wurde er, wie schon in der Sonnabendnummer gemeldet, in einem Straßenbahnwagen von dem Arbeiter Corvi niedergeschossen.

Corvi war auf den Wagen gestiegen und feuerte von hinten drei Schüsse aus einem neuen Revolver, den er anscheinend für die Tat gekauft hatte. Casafini fiel in die Arme seiner verzweifelt verzweifelten Tochter. Obwohl er sofort in einem Auto ins Krankenhaus gebracht wurde, verschied er dort, als die Ärzte die Instrumente für die Operation bereitmachten. Es ergab sich daß eine Kugel in das Gehirn eingedrungen war. Inzwischen hatten Faschisten und Postanten die Befolgung des Tötens ausgenommen, der eiligt Nachhaken, jedoch schließlich stehen blieb und die Hände hochstreckte, als ein Soldat das Gewehr auf ihn anschlag. Er wurde ergriffen und zur Polizeiwache geschafft.

Die politischen Folgen der Mordtat.

Rom, 14. Sept. Die Ermordung des faschistischen Abgeordneten Casafini hat in einigen Stadtteilen zu Tumulten und Ausschreitungen der Faschisten geführt. Auf Befehl der Regierung traten die Behörden überall umfassende Sicherheitsmaßnahmen. Auch die Vorstände der faschistischen Sektionen unterliegen nicht um die Erregung der Faschisten zu beschuldigen. Trotzdem lag der Direktor der Faschistenpartei gegen jede Ausbeutung des Verbrechens und gegen die Ausführung von Repressalien erklärte, verführten Scharen von Faschisten die Oppositionsblätter zu stürzen, die von starken Abteilungen Garabini und Truppen bewacht werden.

Auch in Mailand kam es Freitag ebenfalls zu Unruhen. Starke Abteilungen Polizei und Militär bewachten sofort nach der Tat das Gebäude der „Corriere della Sera“, vor dem ein faschistischer Demonstrationzug eine feindselige Kundgebung veranstaltete, doch konnten die Demonstranten nicht in das Gebäude eindringen. Einige Faschistengruppen von Mailand wurden beim Direktor des Blattes mit dem Rufe vorbestellt wegen der Erregung in Mailand solle der „Corriere della Sera“ zur Vermeidung von Zwischenfällen nach einer anderen Stadt übersiedeln. Von der Polizeidirektion wurde ein ganzes Infanterieregiment für den Ordnungsdienst in den verschiedenen Stadtteilen aufgestellt um Unruhen zu verhindern. Große Versammlungen wurden von den Faschistenscharen in der Kreuzerei und der Administration der sozialistischen „Giustizia“ angesetzt, wo alles über den Mord geredet und eine Maschine beschädigt wurde. Die Faschisten stürmten eine Freimaurerloge und zerstörten den Versammlungssaal. Ein nächster Sturmversuch auf den „Corriere della Sera“ wurde durch Polizei und Militär abgewehrt.

ue.
ey.
aum
4 Uhr.
iele
anges
708.
skimo
Akten.
adschah
6 Akten.
este Artist,
n,
a schneien.
dem Lande der
en.
el (Lachen.)
Aufführungen
von 1—6 Uhr
für Erwachsene.
r Eskimo
und Donau.
aus bel
Bodou
ebung bringt
in empfehlende
und Frau.
äscherei
rei
n, Hauswäse.
gen Weichmittel
ausgeschlossen
gebung.
des Fragebogen
Kernru 381
affierer
neuen Waten
geföhrt, gleichzeit
ressante Sach
das Auer Tag
ner
ed. Om. 12.00
ed. Om. 14.00
Om. weniger.
e Übung.
schenmacherel,
waffen all. Ziel
nig.
ok
ger
aiten
am 14. Sep.
ller.
4. Sept.
neke.